

Die SPD und der Kolonialismus

Weshalb auch während der Weimarer Republik Straßen im Wedding Kolonialnamen erhielten

Dass während des Kaiserreichs in der Hauptstadt Berlin und anderen deutschen Städten Straßen und Plätze nach den neu erworbenen Kolonien und den wichtigsten Akteuren der Kolonialpolitik benannt wurden, das mag wenig überraschen. Hingegen ist der Umstand, dass im Afrikanischen Viertel in Berlin-Wedding auch noch im Jahre 1927 während der Weimarer Republik Straßen nach Orten in den jetzt ehemaligen deutschen Kolonien benannt wurden, schon erklärungsbedürftig. Noch erklärungsbedürftiger dürfte sein, dass im März 1919, also zwei Monate vor Bekanntwerden der Bedingungen des Versailler Friedensvertrags, die Weimarer Nationalversammlung, welche eine Verfassung ausarbeiten und beschließen sollte, mit 414 Stimmen von 421 eine Resolution verabschiedete, in der „die Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte“ verlangt wird.¹ Alle die im Ersten Weltkrieg verlorenen Kolonien sollte Deutschland wieder zurück erhalten. Die sieben Abgeordneten, die gegen diese Resolution gestimmt haben, waren Mitglieder der 1917 gegründeten USPD. Nach den Wahlen vom 19. Januar 1919 waren 165 Abgeordnete der SPD und 22 der USPD in die Nationalversammlung eingezogen. Ergo bedeutet dies, dass die SPD zu Beginn der Weimarer Republik prokolonial eingestellt war.

Dies ist eine zunächst überraschende Feststellung. Denn was man speziell im Nachklang zum 100. Jahrestag des Hererokriegs 2004 im Gedächtnis hat, das sind die in diesem Zusammenhang öfters zitierten fulminanten Verurteilungen der deutschen Kriegsführung in Südwestafrika durch August Bebel im Reichstag:

„(...) Das Recht zur Revolution hat jedes Volk und jede Völkerschaft, die sich in ihren Menschenrechten aufs alleräußerste bedrückt fühlt. Wenn schließlich nach allen diesen Taten (...) der Aufstand der Hereros ausbrach, und dann eine Reihe der schlimmsten Gräueltaten vonseiten der Aufständigen begangen wurde, so ist das nur die natürliche Folge unserer Kolonialpolitik, des Verhaltens der Ansiedler, kurz der ganzen Tätigkeit, die von uns aus in Südwestafrika ausgeübt worden ist.“²

Sein allgemeines Verdikt gegen den Kolonialismus vom 26. Januar 1889 scheint ebenso deutlich zu sein: „Im Grunde genommen ist das Wesen aller Kolonialpolitik die Ausbeutung einer fremden Bevölkerung in der höchsten Potenz. Wo immer wir die Geschichte der Kolonialpolitik in den letzten drei Jahrhunderten aufschlagen; überall begegnen wir Gewalttätigkeiten und der Unterdrückung der betreffenden

¹ Vgl. Franz Ansprenger, *Auflösung der Kolonialreiche*, München 1966, S. 36.

² Bebel im Reichstag 1905, zit. n. Reinhart Kößler, Henning Melber, *Deutscher Kolonialismus – Vergangenes in der Gegenwart. Kontinuitäten des deutschen Kolonialismus*, in: *iz3w* Nr. 274.

Völkerschaften, die nicht selten schließlich mit deren vollständiger Ausrottung endet. Und das treibende Motiv ist immer Geld Gold und wieder nur Gold zu erwerben.“³

Das Für und Wider einer Kolonialpolitik in der SPD

Doch erzählt diese antikoloniale Haltung der Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion bis 1906 nicht die ganze Wahrheit. Schon Ende der 1890er Jahre gab es in der Fraktion eine Strömung, die überseeische Kolonien nicht mehr rundweg ablehnte und die Auffassung vertrat, man könne auch die Kolonialpolitik in einem sozialdemokratischen Sinne reformieren. Diese Auffassung stand in einem größeren Zusammenhang mit dem Aufkommen des Revisionismus nach dem Ende der Großen Depression ab 1896. Der industrielle Kapitalismus hatte sich nach dem Gründerkrach von 1873 erheblich gewandelt. Das kapitalistische System war aber keineswegs zusammengebrochen, was die so genannten Revisionisten in der SPD dazu veranlasste, auf diesen Zusammenbruch nicht mehr zu warten (setzen), sondern den Kapitalismus selbst durch Reformen im Sinne der Arbeiterbewegung zu verändern. Der Cheftheoretiker des Revisionismus Eduard Bernstein wollte dieses Prinzip auch auf die Kolonialpolitik anwenden:

Es läge „wohl Grund vor, meinte er, bei Erwerb von Kolonien stets deren Wert und Aussichten streng zu prüfen und die Abfindung und Behandlung der Eingeborenen sowie die sonstige Verwaltung scharf zu kontrollieren, aber kein Grund, solchen Erwerb als etwas von vornherein Verwerfliches zu betrachten (...) Nicht das Ob, sondern das Wie ist hier das Entscheidende. Es ist weder nötig, dass Besetzung tropischer Länder durch Europäer den Eingeborenen Schaden bringt, noch ist es bisher durchgängig der Fall gewesen. Zudem kann nur bedingtes Recht der Wilden auf den von ihnen besetzten Boden anerkannt werden. Die höhere Kultur hat hier im äußersten Fall auch das höhere Recht.“⁴

Allerdings blieben die Revisionisten innerhalb der SPD zunächst eine Minderheit. Der Parteitag von 1903 lehnte ihre Thesen kategorisch ab. Aber in der Reichstagsfraktion waren sie schon stärker vertreten. Hier artikulierten sie sich in den internen Debatten deutlicher, in den Reichstagsdebatten sprachen allerdings nur die Vertreter der Partei- und Fraktionsmehrheit. Für den Bereich der Kolonialpolitik waren das der Berliner Abgeordnete Georg Ledebour und August Bebel selbst.

Diese Parteimehrheit sah zunächst für die nationale Arbeiterschaft überhaupt keinen Vorteil im Erwerb von Kolonien, sie kosteten weit mehr als sie einbrachten. Theoretisch hatte Karl Kautsky seit den 1880er Jahren die Ablehnung des Kolonialismus untermauert. Denn die Kolonien erleichterten durch größere Absatzmärkte und neue Bezugsquellen die Reproduktion des kapitalistischen

³ Vgl. Stenographische Berichte der Verhandlungen des Reichstags, Bd. 105, S. 603, zit. n. Fatima El-Tayeb, Schwarze Deutsche: Der Diskurs um „Rasse“ und nationale Identität 1890-1930, Frankfurt 1999, S. 69.

⁴ Vgl. Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, S. 180 f. zit. n. Jan Jansen, Die Aufstände der Herero und in Deutsch-Südwestafrika und die Kolonialkritik im Kaiserreich, Magisterarbeit 2007, S. 36 f.

Systems. Somit verlängerten die Kolonien die Lebensdauer des Kapitalismus insgesamt, was nun keineswegs im Interesse der Sozialdemokratie war.⁵

Über „Wilde“, „Neger“ und Menschen

Abgesehen von der Frage der Nützlichkeit bzw. Wünschbarkeit von Kolonialbesitz und Kolonialpolitik gab es die grundsätzlichere Frage: Wie sieht man die autochthone Bevölkerung in den Kolonien? Karl Marx, Friedrich Engels, August Bebel, Karl Kautsky und Eduard Bernstein - alle sprachen sie da in Bezug auf die Afrikaner als von „Wilden“ und „Negern“. Auch für August Bebel war klar, dass, wenn man schon Kolonien in Afrika in Besitz nimmt, man die einheimische Bevölkerung zu „zivilisierten Menschen“ erziehen müsse.

Diese Sicht auf den kolonisierten Menschen verweist auf die Besonderheiten kolonialer Herrschaft. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass ganze Gesellschaften fremdgesteuert werden im zumeist wirtschaftlichen Eigeninteresse der herrschenden Kolonialmacht. Es existiert eine große Fremdheit zwischen Kolonisierern und Kolonisierten. Dabei wird von den kolonial Beherrschten erwartet, dass sie sich kulturell an die Kolonisierer anpassen, umgekehrt gilt aber ein solches Akkulturationsgebot für die Kolonisierer nicht. Schließlich besitzen die Kolonisierer ein erhebliches Sendungsbewusstsein. Sie geben ihrem Tun einen höheren Sinn und sie gehen wie selbstverständlich von der eigenen kulturellen Überlegenheit aus.⁶

Der Begriff der Zivilisierung der kolonialen Subjekte bezog sich zunächst auf die Christianisierung. Portugiesen und Spanier haben diese als Erste im 16. Jahrhundert zur Maxime ihrer Kolonialpolitik erhoben.

Im 18. Jahrhundert entstanden dann wissenschaftliche Rassetheorien, in dem man äußere Merkmale der Menschen mit charakterlichen und intellektuellen Eigenschaften in Verbindung brachte. Naturforscher wie z. B. Kant katalogisierten und klassifizierten nicht nur Pflanzen und Tiere sondern auch Menschen. Dabei

⁵ Vgl. Michael Schubert, Der schwarze Fremde: Das Bild des Schwarzafrikaners in der parlamentarischen und publizistischen Kolonialdiskussion in Deutschland von den 1870er bis in die 1930er Jahre, Stuttgart 2003, S. 175 ff. Kautsky musste seine politisch-ökonomische Analyse des Kolonialismus seit Anfang der 1880er Jahre sozusagen während der laufenden politischen Kolonialdiskussion vornehmen. Die umfassenden Imperialismusanalysen von Hobson, Hilferding, Lenin, Luxemburg und Bucharin erschienen erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Karl Marx betrachtete den Kolonialismus als ein vorübergehendes frühkapitalistisches Phänomen, das durch einen umfassenden Freihandel abgelöst werde. Friedrich Engels sah im Imperialismus einen Beschleuniger der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in den Kolonien, die dann schneller zu revolutionären Umwälzungen auch in den Kolonien führen würde. Die Idee, dass größere Außenmärkte den Kapitalismus insgesamt stärken würden, setzte sich erst später durch. Zunächst entwickelte Kautsky seine Auffassungen am Beispiel der von den Kolonialbefürwortern immer wieder angeführten Notwendigkeit der Auswanderung, weil sonst eine Überbevölkerung drohe anhand des Schemas von Überproduktion und Unterkonsumption. Dabei konnte Kautsky dann argumentieren, dies sei ein Fehler der Verteilung von Produktion und Konsum. 1884 entwickelte Kautsky erstmals seine These von der Marktausdehnung durch den Kolonialismus als Stabilisierungsfaktor für den Kapitalismus.

⁶ Vgl. Jürgen Osterhammel, Kolonialismus: Geschichte, Formen, Folgen, München 2001, S. 19 ff.

wandten sie die aus der mittelalterlichen Theologie stammende „Stufenleiter der Wesen“ (scala naturae) an und klassifizierten die Menschen in höhere und niedrigere Rassenstufen. In dieser Hierarchie standen die Schwarzafrikaner (Neger) ganz weit unten.

Mit dem Begriff Rassismus wird seit dem 20. Jahrhundert die Kritik an diesen angeblich wissenschaftlichen Rassentheorien bezeichnet. Der Rassismus stellt die Gleichrangigkeit und im Extremfall auch die Existenz von ganzen Menschengruppen in Frage. Rassismus zeigt sich dabei auch situativ immer unterschiedlich.

Auf die Kolonien bezogen kann man zwei Typen von Rassismus unterscheiden, nämlich den kulturmissionarischen und den sozialdarwinistischen Rassismus. Der kulturmissionarische Kolonialrassismus hebt darauf ab, dass die kolonisierte Bevölkerung durch entsprechende „Erziehungsarbeit“ in ihrem kulturellen Stand gehoben und zivilisiert werden kann. Die sozialdarwinistischen Rassentheorien, welche biologistisch argumentiert und ab Ende des 19. Jahrhunderts größeren Einfluss gewann, bestreitet diese Möglichkeit.

Die Unterscheidung von „Zivilisierten“ und „Wilden“ bestand bis ins 20. Jahrhundert fort. Die Universalität von Menschenrechten, so wie sie zuerst in der französischen Revolution verkündet wurden, setzte sich nur langsam durch. Das Recht auf die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und deren Formen sind die zentralen Streitpunkte.⁷ Auch die französischen Revolutionäre haben trotz der Bemühungen vor allem von Condorcet kein Ende der Sklaverei durchsetzen können. Allerdings kam es im Gefolge der Französischen Revolution in der profitabelsten französischen Kolonie Saint Dominique, dem heutigen Haiti, zum größten und einzigen, wirklich erfolgreichen Sklavenaufstand in der Geschichte. Das Verbot der Sklaverei wurde im britischen Parlament 1834 durchgesetzt, nachdem ihm eine Petition mit 1,3 Millionen Unterschriften vorgelegt worden war. Gesammelt wurden die Unterschriften von Frauen, die nicht wahlberechtigt waren und die den ersten großen Konsumentenboykott organisiert hatten. Keinen Blick mehr in die Zuckerdose zu tun und damit den Zucker zu boykottieren, hieß die Parole. Denn der aus den Kolonien importierte Zucker wurde dort von Sklaven auf Zuckerrohrplantagen produziert.

⁷ Darüber hat es schon gleich zu Beginn des Kolonialismus eine grundsätzliche Auseinandersetzung gegeben. Bartholomé de las Casas war 1502 der erste spanische Priester, der ins neu eroberte Amerika kam und seine Wirkungsstätte war das Bistum Chiapas in Südmexiko, dort wo in den 1990er Jahren die Zapatisten und Comandante Marcos auf die politische Bühne treten sollten. Fünf Jahrhunderte zuvor hatte las Casas hier das Schicksal der Indios kennen gelernt, die als Sklaven und Zwangsarbeiter in Bergwerken für die Spanier nach dem begehrten Gold schürften und dabei zu Tausenden den Tod fanden. Las Casas setzte zwar beim Papst und Kaiser Karl V. Edikte gegen die Sklaverei durch, aber sie blieben ohne Wirkung, weil die Kolonisten sich dagegen wehrten. Im Jahre 1550 kam es dann in Valladolid in Gegenwart von Karl V. zu einer Disputation zwischen las Casas und dem der Krone verbundenen Philosophen Sepulveda. Dabei ging es auch um den Begriff des Barbaren bzw. Wilden und das Verhalten der Kolonisatoren ihnen gegenüber. Las Casas argumentierte, dass

Eine praktische Konsequenz bestand darin, dass generell mehr nicht mehr von den jeweiligen Kolonialherren die örtliche indigene Bevölkerung versklavt wurde, sondern Sklaven von weit her „importiert“. In der Karibik und Lateinamerika kamen die Sklaven aus Afrika.

Die führenden Theoretiker der Arbeiterbewegung waren im 19. Jahrhundert durchweg Anhänger der europäischen Kulturmission in den Kolonien und sie hatten ein eurozentristisches, unbedingt fortschrittsgläubiges Weltbild. Dabei befanden sie sich allerdings in einem Dilemma. Die kapitalistische Produktionsweise in Europa sahen sie als großen Fortschritt im Vergleich zu den ökonomischen Verhältnissen in Afrika an. Wie aber konnte man diesen kapitalistischen Fortschritt nach Afrika exportieren und zugleich „den heute gültigen Anschauungen von Humanismus und Gerechtigkeit“ (Kautsky 1884) Geltung verschaffen? Dabei war Kautsky und Bebel nämlich auch klar, dass sich der Kapitalismus letztlich nur mit Gewalt durchsetzen lässt. Dieses Dilemma haben sie nicht wirklich lösen können. Das war auch dann noch vorhanden, wenn man wie Kautsky und Bebel der Besitz von Kolonien im konkreten (deutschen) Fall abgelehnt hat. Denn andererseits haben sie die Möglichkeit einer Kulturmission generell bejaht und haben den konkreten Fall kommentiert⁸ Ganz grundsätzlich und für jeden Fall hat Bebel den Besitz von Kolonien auch nicht ausgeschlossen. Im Dezember 1906 erklärte er im Reichstag: „Kolonialpolitik zu treiben kann unter Umständen eine Kulturtat sein; es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird [...]. Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völkerschaften [...] zu fremden Völkern als Befreier, als Freunde und Bildner, als Helfer in der Not, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation zu überbringen, um sie zu Kulturmenschen zu erziehen, geschieht das in dieser edlen Absicht und in der richtigen Weise, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als große Kulturmission zu unterstützen bereit sind“.⁹

Kulturmission und „Erziehung zur Arbeit“

Idealer wurde die „kulturelle Hebung“, wie die Kulturmission auch genannt wurde, mit dem Zugang zu europäischer Bildung in Verbindung gebracht. Die wichtigsten Akteure auf diesem Gebiet waren die christlichen Missionsstationen, die vielfach schon vor der Ankunft der europäischen Kolonialadministratoren errichtet wurden. Neben der Christianisierung, womit u. a. Werte und Normen der europäischen Zivilisation verbreitet werden sollten, war das Bildungsangebot für die einheimische Bevölkerung ihre wichtigste Funktion. Die Missionsschulen waren grundsätzlich zugänglich für alle einheimischen Bevölkerungsschichten. Die dort vermittelte Bildung hatte aber für die Kolonialherren etwas Zwiespältiges. Einerseits war sie unumgänglich, wollte man die Kolonien wirtschaftlich in Wert setzen, andererseits galten gebildete Einheimische als Unruhepotential, das die koloniale Herrschaftsordnung gefährden konnte. Also versuchte man, Bildung auf das

⁸ Vgl. Michael Schubert, Der schwarze Fremde S. 178 ff.

⁹ Zit. n. Christian Koller, Eine Zivilisierungsmission der Arbeiterklasse? Die Diskussion über eine „sozialistische Kolonialpolitik“ vor dem Ersten Weltkrieg. In: Boris Barth, Jürgen Osterhammel (Hrsg.) Zivilisierungsmissionen, Konstanz 2005, S. 229

Notwendigste zu beschränken, beispielsweise das vermittelte Deutsch auf einen Basisvokabular von 150 Worten.¹⁰

Die Kulturmission materialisierte sich für die einheimische Bevölkerung aber in erster Linie in einer „Erziehung zur Arbeit“. Für die deutschen Kolonialherren war sehr bald klar, dass die afrikanischen Kolonien allein schon aus klimatischen und gesundheitlichen Gründen keine große Anziehungskraft auf auswanderungswillige Deutsche haben würde. In der Tat haben sich insgesamt nur 23 000 Deutsche in den Kolonien niedergelassen, wohingegen im gleichen Zeitraum aber 1 Million Deutsche allein in die USA ausgewandert sind. Die Kolonien waren auch nicht mehr durch den Import von Sklaven wirtschaftlich in Wert zu setzen, sondern eigentlich nur dadurch, dass man die einheimische autochthone Bevölkerung zur Arbeit für die Kolonialherren zwang. Wie das zu bewerkstelligen sei, darüber veranstaltete die Deutsch-Ostafrikanische-Gesellschaft, die das heutige Tansania plus Ruanda und Burundi faktisch als Eigentum hatte und exklusiv ausbeuten konnte, 1885 ein Preisausschreiben. Die Preisfrage lautete: „Wie erzieht man den Neger zur Plantagen-Arbeit?“ Dass die Frage überhaupt gestellt wurde, lag daran, dass den Kolonialherren bewusst war, dass die autochthone Bevölkerung in den Kolonien zum Lebenserhalt gar nicht darauf angewiesen war, auf Plantagen oder in den Bergwerken zum Nutzen der Kolonialländer zu arbeiten. Im Prinzip hatte man darauf zwei Antworten, entweder durch physischen Zwang oder durch ökonomischen Druck.

In den ersten drei Jahrzehnten der deutschen Kolonisation in Afrika war faktische Zwangsarbeit weit verbreitet und die bevorzugte Methode, Arbeitsergebnisse zu steigern, war der Einsatz der Prügelstrafe. Die deutschen Kolonialbeamten hatten in den Kolonien zugleich die vollziehende (exekutive) und richterliche (judikative) Gewalt inne und sie ließen den deutschen Siedlern und Pflanzern weitgehend freie Hand gegen ihre afrikanischen Arbeitskräfte vorzugehen. Die Prügelstrafe wurde oft sehr exzessiv eingesetzt, so dass August Bebel von einer „Prügelkultur“ sprach.

Die Methode, ökonomischen Zwang auszuüben, zeigte sich vor allem in der Erhebung von Steuern bei den Afrikanern. Diese wurden letztlich auch mit physischer Gewalt eingetrieben. Beide Methoden führten zum gleichen Ergebnis: Die autochthone Bevölkerung wehrte sich gegen diese Praktiken. In Ostafrika hatte beispielsweise die Erhebung von Steuern wesentlich zum Ausbruch des Maji-Maji-Kriegs 1905 beigetragen.

In der autochthonen Bevölkerung Bedürfnisse zu wecken, die nur über die Verfügung über Geld zu befriedigen waren, hatte zwei Vorteile für die Kolonialherren. Zum einen bestand so eine Notwendigkeit, sich von der Subsistenzwirtschaft zu verabschieden und in der Kolonialwirtschaft zu arbeiten. Zum anderen wurden die Kolonien so zu wichtigen Absatzgebieten für Produkte aus den Mutterländern. (So gingen allein 60 Prozent des englischen Textilexports nach Indien.) Doch war dies ein schwieriger zu bewältigendes Unterfangen als die „Erziehung zur Arbeit“.

¹⁰ Vgl. Sebastian Conrad, Deutsche Kolonialgeschichte, München 2008, S. 70 ff.

Rassistisch waren auch der kulturmissionarische Diskurs und die oben beschriebene Praxis. Denn er basierte auf der kulturellen Überlegenheit gegenüber außereuropäischen Völkern. Er konstruierte eine entscheidende Differenz, einen Gegensatz zwischen der kulturellen und rassistischen „Identität“ und der kulturellen und rassistischen „Alterität“. Hier wird eine deutliche Grenze gezogen. Aber es blieb die Möglichkeit, dass man dem „kulturlosen Neger“ die Kultur anerkennen kann.¹¹

Es gab zudem im kolonialen Diskurs immer auch eine offen utilitaristische Argumentation. „Wozu wollen wir die Neger erziehen?“ fragte etwa der Kolonialarzt Ludwig Külz und gab gleich die Antwort: „Zur Arbeit für uns.“¹²

Der Aufstieg des Sozialdarwinismus

Am Ende des 19. Jahrhunderts kam in Europa eine andere Rassismusvariante immer mehr zur Geltung: der Sozialdarwinismus. Darwins Lehre der Arten und die Selektion, bei der nur der Stärkere und Anpassungsfähigere überlebt, wurde auf die Menschen selbst und die sozialen Systeme übertragen. Es galt das Recht des Stärkeren. Auf den Menschen bezogen kamen jetzt biologische Merkmale zum Tragen, die die Überlegenheit der einen oder anderen Rasse erklären sollte. Diese biologischen Merkmale waren irreversibel. Mit dem Sozialdarwinismus ist der Humanismus faktisch abgeschafft worden.

In der kolonialpolitischen Argumentation kam der sozialdarwinistische Rassismus in dem Moment hoch, wo ab 1904 mit dem Beginn des Herero-Aufstands die autochthone Bevölkerung in den Augen der Kolonialherren zur unmittelbaren Gefahr wurde. Besonders auf Seiten der deutschen Siedler war jetzt nicht mehr von Erziehung die Rede sondern von Vernichtung oder zumindest Zurückdrängung. In Deutschland ist vor allem der Alldeutsche Verband mit einer sozialdarwinistischen Argumentation hervorgetreten. Der Alldeutsche Verband war 1890 aus Protest gegen den Tausch von Sansibar gegen Helgoland (und den Caprivi-Streifen) gegründet worden und er hatte neben dem völkisch-imperialistischen Programm auch eine deutliche antisemitische Komponente. Zu den wichtigsten Exponenten des Alldeutschen Verbandes gehörte Carl Peters, der 1897 unehrenhaft als „Reichskommissar für Ostafrika“ entlassen worden war. Peters argumentierte beispielsweise, dass Afrikaner grundsätzlich nur zur „Muskelarbeit“ geeignet seien und seine Definition von Kolonialpolitik machte ihn später posthum zu einer Ikone der Nazis: „Kolonialpolitik will nichts Anderes als die Kraftsteigerung und Lebensbereicherung der stärkeren, besseren Rasse, auf Kosten der schwächeren, geringeren, die Ausbeutung der nutzlos angehäuften* Reichtümer dieser im Dienste des Kulturfortschritts jener.“

¹¹ Vgl. Michael Schubert, *Der ‚dunkle Kontinent‘: Rassenbegriffe und Kolonialpolitik im Deutschen Kaiserreich*, in: Frank Becker (Hrsg.) *Rassenmischehen, Mischlinge, Rassentrennung*, Stuttgart 2004, S. 43.

¹² Zit. n. Horst Gründer, *Zum Stellenwert des Rassismus im Spektrum der deutschen Kolonialideologie*, in ebd. S. 34.

Der Reichstag und die Kolonialpolitik: Die Debatten über Rassenmischehen und den Haushalt

Vor dem Ersten Weltkrieg wurde die Frage der Zulässigkeit von Rassenmischehen heftig diskutiert. Noch 1902 schrieb die „Berliner Illustrierte Zeitung“, dass viele der in Berlin lebenden Afrikaner erfreulicherweise mit deutschen Frauen verheiratet sind. Drei Jahre später war von solcher Freude nichts mehr zu spüren. In den deutschen Kolonien, vor allem in Deutsch-Südwestafrika wurden Ehen zwischen Deutschen und Afrikanerinnen (der autochthonen) systematisch verhindert und ab 1908 auf dem Verwaltungswege annulliert. Als 1912 der Gouverneur der deutschen Pazifik-Kolonie Samoa ein generelles Heiratsverbot von Deutschen mit Einheimischen erließ und in Deutschland selbst die Koloniallobby ein gesetzliches Verbot von Rassenmischehen verlangte, spitzte sich die Debatte zu. Der Kolonialbürokratie war mit ihren Verboten vor allem daran gelegen, das koloniale Herrschaftsverhältnis nicht ins Wanken zu bringen. Denn in ihren Augen sind die Mischlinge, die aus diesen Ehen hervorgehen, nicht mehr eindeutig zuzuordnen. Weder gehören sie zu den Kolonialherren noch zu den Kolonisierten und sie standen bei fast allen Kolonialmächten im Ruf; ein politischer Unruhefaktor zu sein. Im Reichstag waren die Eheverbote höchst umstritten. Sozialdemokraten, die linksliberale Fortschrittspartei und das katholische Zentrum hatten seit den Wahlen vom Januar 1912 eine Mehrheit und sie lehnten nach dreitägiger Debatte ein gesetzliches Verbot der Rassenmischehen im Mai 1912 ab. Dabei waren sie in der Sache keineswegs für Rassenmischehen sondern sie betrachteten sie deutlich negativ. Allerdings sahen sie durch ein gesetzliches Verbot die Bürgerrechte (der deutschen Männer) eingeschränkt.¹³ Die Debatte hat aber auch mit dafür gesorgt, dass Rasse in Deutschland ein politisch besetzter Begriff wurde.

Entscheidungsbefugnisse hatte der Reichstag in der Außen- und Kolonialpolitik noch weniger als auf anderen Politikfeldern. Der Reichskanzler und sein Kabinett waren nur gegenüber dem Kaiser verantwortlich. Alle Gesetze mussten vom Bundesrat verabschiedet werden, worin Preußen mit seinem Dreiklassenwahlrecht sowie die anderen Fürstentümer das Sagen hatten. Überhaupt waren die deutschen Fürstentümer und freien Städte der Souverän des Deutschen Reiches und nicht etwa das Volk.

Einfluss konnte der Reichstag auf die Kolonialpolitik vor allem über sein Haushaltsrecht nehmen.¹⁴ Es gab die jährlichen Beratungen über den Kolonialetat und da die Kolonialkriege in Südwestafrika und Ostafrika mehr Geld kosteten als im

¹³ Vgl. zur Debatte Rassenmischen allgemein Frank Becker (Hrsg.), Rassenmischehen, Mischlinge, Rassentrennung, Stuttgart 2004, sowie speziell zur Reichstagsdebatte Anette Dietrich, Weiße Weiblichkeiten. Zur Konstruktion von „Rasse“ und „Geschlecht“ im deutschen Kolonialismus, Bielefeld 2007, S. 182 ff. (205).

¹⁴ Wichtig war auch das freie Rederecht im Reichstag. Solange z. B. das Sozialistengesetz in Preußen galt von 1878-1890 konnten die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag ungehindert reden und diese Reden wurden über die Parteipresse landesweit verbreitet.

ordentlichen Militäretat veranschlagt, hatte der Reichstag mit der Entscheidung für oder gegen Nachtragshaushalte einen wichtigen Hebel in der Hand. Ende des Jahres 1906 trat diese Situation ein, als die Reichsregierung wieder mehr Geld für Führung des Kriegs gegen die Herero und Nama beantragte. Die SPD-Fraktion hatte sich entschlossen, gegen den Nachtragsetat zu stimmen und sie fand Verbündete in der katholischen Zentrumspartei, als Mathias Erzberger die Fraktion mit seiner kolonialkritischen Position spaltete, sowie bei den aus dem Zentrum hervorgegangenen polnischen Fraktionen. Zusammen bildeten sie eine Mehrheit und ließen den Nachtragshaushalt im Dezember 1906 scheitern. Der Kaiser reagierte umgehend mit der Auflösung des Reichstags und der Ausschreibung von Neuwahlen. Ihnen war vor allem daran gelegen, im Reichstag eine neue stabile bürgerliche, regierungsfreundliche Mehrheit zu etablieren. Ursprünglich gehörten die Linksliberalen zu den Kritikern der Kolonialpolitik, doch im Dezember 1906 waren sie fester Bestandteil des Bülow-Blocks geworden, wohingegen das wegen seines Abstimmungsverhaltens als unzuverlässig geltende Zentrum bei den anstehenden Wahlen im Januar 1907 abgestraft werden sollte.

Die Reichstagswahlen von 1907 im Zeichen des Hererokriegs

Diese Reichstagswahlen erwiesen sich als der erste große Test für Massenpolitik seitens der bürgerlichen Parteien. Während die Sozialdemokraten im Wahlkampf ihre kolonialkritische Thesen vertraten, dass die Kolonien nur Geld kosten und den Arbeitern keinen Vorteil bringen, warnten die bürgerlichen Parteien gleichermaßen vor „schwarzen Bestien“ und der „roten Gefahr“. Ganz offensiv machten die Parteien des Bülowblocks Wahlpropaganda mit dem Schicksal deutschen Siedler in Südwestafrika.

Die Botschaft richtete sich an ein großes Publikum. Denn die progressivste Bestimmung der Reichsverfassung von 1871 war die Einführung des allgemeinen Wahlrechts (für Männer ab dem 25. Lebensjahr), was es zu diesem Zeitpunkt noch nicht überall in Westeuropa gab. Die Mobilisierung des bürgerlichen Lagers war ziemlich eindrucksvoll. Insgesamt stieg die Wahlbeteiligung von 76,1 auf 84,7 Prozent und die Parteien des Bülow-Blocks erhöhten ihre Mandatszahl, was vor allem auf einem disziplinierten, die Absprachen im zweiten Wahlgang befolgenden Abstimmungsverhalten der bürgerlichen Wähler basierte. Hingegen verloren die Sozialdemokraten 38 ihrer bislang 81 Mandate und kamen nur noch auf 43 Sitze. Dabei hatten sie nur 3 Prozent an Stimmen verloren und absolut gesehen sogar fast eine Viertelmillion Stimmen gegenüber der letzten Wahl hinzugewonnen¹⁵. Alles das spricht für die für die massive Mobilisierung der bürgerlichen Wähler und dies hatte Konsequenzen für die sozialdemokratische Politik.¹⁶

¹⁵ vgl. Ulrich v. d. Heyden, Kolonialkrieg und deutsche Innenpolitik - die Reichstagswahlen von 1907, Mai 2007.

¹⁶ Dennoch spielt bei diesem Ergebnis ein wesentlicher undemokratischer Aspekt des Wahlsystems im Kaiserreich eine Rolle: Die Wahlkreise wurden trotz einer massiven Land-Stand-Migration seit 1871

Die SPD hatte in allen Reichstagswahlen seit 1887 zugelegt, zum ersten Mal musste sie einen Rückschlag hinnehmen, der mit der Verringerung der Zahl der Reichstagsmandate um 40 Prozent auch ziemlich empfindlich ausfiel. Aus diesem Wahlergebnis zogen viele Abgeordnete die Lehre, dass es gefährlich ist, mit anscheinend unpopulären Themen einen Wahlkampf führen und man sich möglichst nicht gegen die Volksmeinung stellen sollte. Die Wahlen von 1907 haben wohl auch dazu beigetragen, dass am 4. August 1914 die Mehrheit der SPD-Abgeordneten den Kriegskrediten zugestimmt hat. Eine Mehrheit gab es auch (nachträglich) für die Kriegserklärung gegenüber Russland, denn der Zarismus galt den Sozialdemokraten als despotisch und unzivilisiert.

Die Auswirkungen des Wahlergebnisses von 1907 auf die Haltung der SPD zur Kolonialpolitik zeigten sich zunächst auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart im August 1907. Die Revisionisten hatten in der SPD Oberwasser und in Stuttgart kam es zur offenen Konfrontation innerhalb der deutschen Delegation. Während die Mehrheit der SPD-Delegierten einem eher kolonialfreundlichen Resolutionsentwurf¹⁷ zustimmen wollte, forderte Karl Kautsky die Kongressdelegierten ausdrücklich auf, sich entgegen dem Votum seiner eigenen Delegation für eine klar antikoniale Resolution zu entscheiden. Am Ende erhielt die (traditionell) antikoniale Resolution eine Mehrheit. Aber mit 128 Stimmen zu 108 Stimmen bei einigen Enthaltungen fiel das Abstimmungsergebnis relativ knapp aus. Die Delegierten aus Staaten mit relativ großem Kolonialbesitz wie England, Frankreich oder Holland waren allgemein kolonialfreundlich eingestellt.

Die „sozialistische Kolonialpolitik“ der SPD nach 1907

Im Reichstag artikulierte sich ab 1907 eine neue Linie der SPD in der Kolonialpolitik nur langsam und das Politikfeld hatte nicht mehr den Stellenwert wie zwischen 1904 und 1906. Dazu hat beigetragen, dass die Reichsregierung ab 1907 eine Reform der Kolonialpolitik einleitete, die sich in wesentlichen Punkten mit den Vorstellungen deckte, die die Revisionisten in der SPD-Fraktion über eine „sozialistische Kolonialpolitik“ (Gustav Noske) hatten. Das Deutsche Reich war 1883 relativ spät in den Wettlauf der europäischen Mächte um Kolonien in Afrika eingestiegen. Aber allein in den drei Jahren seit 1904 war Deutschland dort in zwei Kriege verwickelt, die auf Seiten der kolonisierten Bevölkerung mindestens 250 000 Todesopfer forderten. Zudem war es 1901 schon an der multilateralen „Strafaktion“ zur Niederschlagung des Boxeraufstands in China beteiligt. Die Ausbeutungsmethoden waren wie oben beschrieben brutal, archaisch und ineffizient. Die Kolonien kosteten in der Tat mehr als sie einbrachten. Der Bankier Bernhard Dernburg sollte das ändern und wurde

nicht neu eingeteilt, so dass die (konservativen) ländlichen Wahlkreise mit der Zeit ein größeres Gewicht erhielt. Während die Sozialdemokraten 1907 mit 3,2 Mio. Stimmen 43 Mandate erzielten, errangen Konservative mit einer Million Stimmen 60 Mandate. Das Zentrum konnte mit ca. 2 Millionen Stimmen seine Position als stärkste Fraktion von 100 auf 105 Sitze ausbauen.

¹⁷ Es sollte der Passus eingefügt werden der Kongress „verwirft nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken können.“

1907 zum Leiter des Reichskolonialamts ernannt und er hatte als Staatssekretär einen Platz am Kabinetttisch von Reichskanzler v. Bülow. Dernburg setzte eine Abkehr von der sozialdarwinistischen Diktion durch und es kamen wieder die früher geläufigen kulturmissionarischen Argumentationsmuster zum Tragen. Dernburg legte größeren Wert auf das Bildungs- und Gesundheitssystem für die autochthone Bevölkerung¹⁸, stieß mit seinen Reformplänen aber auf den Widerstand der deutschen Siedler und Pflanzler vor Ort. 1912 trat Dernburg von seinem Posten resigniert zurück.

Im Reichstag hatte die SPD nach 1909 mit Gustav Noske einen kolonialpolitischen Sprecher, der klar und deutlich eine kolonialreformerische Position vertrat und 1914 ein 200 Seiten dickes Traktat mit dem Titel „Sozialdemokratie und Kolonialpolitik“ veröffentlichte. Noske stand im Ruf, ein fleißiger Abgeordneter zu sein, der der Reichsregierung mit einer Reihe von (finanziellen) Kolonialskandalen zusetzte, aber den Kolonialbesitz nicht mehr grundsätzlich infrage stellte. Der Erfolg bei den Reichstagswahlen 1912, als die SPD die Mandatszahl mehr als verdoppelte und auf 110 Sitze kam, festigte diese reformistische politische Linie.

Während es hinsichtlich der Politik in den bereits bestehenden deutschen Überseekolonien weniger Reibungspunkte zwischen der SPD-Fraktion und der Reichsregierung gab, spitzte sich die Konkurrenz zwischen den europäischen Mächten um die noch nicht kolonisierten Territorien in Afrika weiter zu. Ihren augenfälligen Ausdruck fand diese Auseinandersetzung während der beiden Marokkokrisen 1902 und 1911. Die SPD sah diese vom „persönlichen Regiment“ des Kaisers geprägte abenteuerlich anmutende Außenpolitik mit einigem Entsetzen und reagierte mit Massenkundgebungen gegen die wachsende Kriegsgefahr. Verhindern konnte sie diese Außenpolitik aber nicht.

Im Sommer 1914 führte dies alles mit zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs und die SPD geriet in eine große Krise und spaltete sich. Die Hoffnung, dass die in Europa im Aufschwung befindliche Arbeiterbewegung durch koordiniertes Verhalten bzw. durch eine gemeinsame Aktion wie z. B: einen Generalstreik einen Kriegsausbruch würde verhindern können, erfüllte sich nicht. Die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion betrachtete den Kriegseintritt als defensive Maßnahme, schloss einen Burgfrieden mit dem kaiserlichen System und stimmte den Krediten zu, mit denen die Kriegsführung finanziert wurde. Doch mit der Zeit wuchs die Zahl derer, die eine Fortführung des Kriegs ablehnten, was sich ab 1916 in der Spaltung der SPD-Fraktion manifestierte und ab April 1917 sammelten sich die Kriegsgegner in der USPD. Nicht nur die SPD als Ganzes sondern auch der revisionistische Flügel

¹⁸ Dies bedeutete allerdings keineswegs, dass es nicht auch Dernburg in erster Linie um den wirtschaftlichen Gewinn für das Kaiserreich ging. „Der Eingeborene ist der wichtigste Gegenstand der Kolonisation (...) und die manuelle Leistungskraft des Eingeborenen das wichtigste Aktivum.“ Kolonisierung heiße „die Nutzbarmachung des Bodens, seiner Schätze, der Flora, der Fauna und vor allem seiner Menschen zugunsten der Wirtschaft der kolonisierenden Nation“ und diese wäre „dafür zu der Gegengabe ihrer höheren Kultur, ihrer sittlichen Begriffe, ihrer besseren Methoden verpflichtet.“ Zit. n. Michael Schubert, *Der ‚dunkle Kontinent‘: Rassenbegriffe und Kolonialpolitik im Deutschen Kaiserreich*, in: Frank Becker (Hrsg.), *Rassemischehen, Mischlinge, Rassentrennung*, Stuttgart 2004, S. 48 f.

waren von der Spaltung betroffen. Eduard Bernstein, der führende theoretische Kopf der Revisionisten, stimmte als erklärter Pazifist schon sehr früh gegen die Kriegskredite und ihm war die anti-englische Haltung vieler seiner Flügel-Genossen zuwider. Auch er schloss sich wie sein langjähriger ideologischer Gegenspieler Karl Kautsky der USPD an.

Andere SPD-Abgeordnete träumten zu Kriegsbeginn dagegen über das, was im Falle eines Sieges über Frankreich und Belgien von diesen als Konzessionen zu fordern sei. Territoriale Ansprüche auf das französische und belgische Mutterland hielt man für wenig ratsam, stattdessen erklärte man deren afrikanischen Kolonialbesitzungen vorsorglich zur deutschen Verfügungsmasse. In den Tagebucheinträgen des SPD-Abgeordneten Eduard David über seine Kaffeehausgespräche mit Kollegen wie Otto Wels und Georg Schöppflin wird deutlich, dass man in ihren Reihen Ende August 1914 von einer deutschen Großkolonie Mittelfrika träumte.¹⁹ Doch 1915 verlor Deutschland faktisch seine afrikanischen Kolonien und drei Jahre später ging auch der Krieg insgesamt verloren.

Wenn auch das Kaiserreich untergegangen war, so wollte man dennoch nicht auf die Kolonien verzichten und das galt auch für die Mehrheitssozialdemokraten wie das Abstimmungsergebnis zur Resolution im März 1919 gezeigt hat. Wie in den westlichen Nachbarländern hatten sich die deutschen Sozialdemokraten anscheinend nicht nur mit dem Kolonialbesitz abgefunden, sie haben die Kolonien als legitimen und integralen Bestandteil des Kaiserreichs betrachtet. Im August 1919 wurde auf einen internationalen Sozialistentreffen in Luzern in Anwesenheit einer SPD-Delegation eine Resolution verabschiedet, in der für ein Weiterbestehen des Kolonialsystems in modifizierter Form plädiert wurde und in der auch die Möglichkeit eröffnet wurde, dass der Völkerbund Deutschland ehemalige Kolonien als Treuhandgebiete überträgt.²⁰ Damit hatte der dem Kolonialismus freundlich gesonnene Flügel in der internationalen Sozialdemokratie die Oberhand gewonnen. Indem man dem Völkerbund eine größere Rolle zuwies, hatte man schon auf US-Präsident Wilsons 14 Punkte reagiert und man zielte zugleich auf ein multilaterales europäisches Vorgehen in der Kolonialfrage, um eine neue Rivalität zwischen den europäischen Mächten zu verhindern.

Kolonialrevisionismus und koloniale Exotik in der Weimarer Republik

Dabei war in der neuen Weimarer Republik die Kolonialfrage im Gesamtzusammenhang des Versailler Vertrages tatsächlich wohl nur von untergeordneter Bedeutung. Das gesamte politische Spektrum von den Deutschnationalen bis hin zur sich gerade in Gründung befindlichen Kommunistischen Partei verlangte Änderungen an den drückenden Bedingungen,

¹⁹ Vgl. Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914-1918. Bearbeitet in Verbindung mit Erich Mathias von Susanne Miller, Düsseldorf 1966, S. 28 zit. n. Gottfried Mergner ebd.

²⁰ Vgl. Susanne Heyn, Deutsche Missionen – Der Kolonialrevisionismus und seine KritikerInnen in der Weimarer Republik, in: iz3w Nr. 296, Oktober 2006, S. 42-45.

die der Versailler Vertrag der Weimarer Republik auferlegte. Dazu gehörte neben erheblichen Reparationszahlungen der Verlust von 10 Prozent des Territoriums und von 13 Prozent der Bevölkerung. Im Vergleich dazu spielte der Verlust der Kolonien nur eine untergeordnete Rolle.

Dennoch existierte die Koloniallobby in der Weimarer Republik munter fort und sie erhielt personelle Verstärkung direkt aus den ehemaligen Kolonien.²¹ Die nach Deutschland zurückkehren Kolonialbürokraten, die Angehörigen der Schutztruppen sowie ehemalige Siedler und Kaufleute verstärkten jetzt ihre Reihen. Diejenigen Unternehmen wie Reedereien und Handelshäuser, die vorwiegend in und mit den Kolonien Geschäftsbeziehungen unterhielten, waren natürlich auch mit dabei. Vor allem die ehemaligen Kolonialbeamten sammelten sich in der Deutschen Kolonialgesellschaft (DKG), die sich gerne in der Führungsrolle der Koloniallobby sah und für sich beanspruchte, vor allem auf die Regierung und den Reichstag einwirken zu können. Ihr Wortführer war Heinrich Schnee, der letzte Gouverneur in Deutsch-Ostafrika und in Weimar saß er als Abgeordneter von Stresemanns rechtsliberaler DVP im Reichstag. Prominentester Funktionär der DKG aus heutiger Sicht war der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der zu Beginn der 30er Jahre ihr stellvertretender Vorsitzender war.

Das wichtigste politische Agitationsthema war die so genannte Kolonialschuldfrage. Die alliierten Siegermächte begründeten den Verlust des Kolonialbesitzes, so wie er in Art. 119 des Versailler Vertrages festgeschrieben ist, mit der Behauptung, Deutschland sei zu einer sachgerechten Verwaltung von Kolonien gar nicht in der Lage. Untermauert wurde dies durch ein Gutachten, in dem alle Gräueltaten in den deutschen Kolonien fein säuberlich aufgeführt waren. Die deutsche Koloniallobby bestritt dies nachdrücklich und legte ihrerseits Daten vor, die beweisen sollten, dass die siegreichen Mächte mindestens ebenso schlimme Kolonialherren sind. Auf einmal wurden dann auch die einheimische afrikanische Bevölkerung von den ehemaligen deutschen Kolonialherren zu Freunden erklärt und man lobte beispielsweise ausdrücklich die „treuen Askaris“, jene afrikanischen Hilfstruppen, die in Ostafrika an der Seite von Lettow-Vorbeck während des Ersten Weltkriegs einen Kleinkrieg gegen die Engländer führten.

In der deutschen Bevölkerung blieben die ehemaligen Kolonien ein populäres Thema. Sie umwehte ein Hauch von Exotik. Kolonialwaren wie Kakao oder Bananen (aus Kamerun) waren auch in den 20er Jahren noch eine Rarität. Menschen aus Afrika wurden auch immer noch zur Schau gestellt. Es gab eine ganze Reihe von Kolonialromanen, die das Schicksal der deutschen Siedler verklärten. Hans Grimms Roman „Volk ohne Raum“ fällt heute besonders deshalb ins Auge, weil sein Titel einen Schlüsselbegriff der kommenden Epoche deutscher Geschichte vorwegnimmt. Wie die 30 Jahre deutscher Kolonialzeit im bürgerlichen Selbstverständnis zu bewerten sind, das wurde im von Heinrich Schnee edierten Großen Koloniallexikon mehr oder weniger verbindlich festgeschrieben.

²¹ Vgl. hierzu insgesamt Susanne Heyn ebd. sowie Michael Schubert, *Der schwarze Fremde* ebd. S. 307 ff.

Wenn Straßen deutsch-koloniale Namen erhielten, dann lief das ohne Widerstand ab, doch in der ‚großen Politik‘ hatte die Koloniallobby weniger Erfolg. Zwar trat sie mit ihrer Forderung nach Rückgabe immer dann wieder hervor, wenn die „Erfüllungspolitik“ gegenüber dem Vertrag von Versailles wie z. B. 1924 während der Ruhrgebietsbesetzung verstärkt in die Kritik geriet und es gerade 40 Jahre deutsche Kolonien zu feiern galt. Tatsächlich aber war für die deutsche Außenpolitik das Schicksal der ehemaligen Kolonien von nachgeordneter Bedeutung, andere Erleichterungen des Versailler Vertrags zu erreichen, war vorrangig.²²

Stresemanns Realismus

1919 wurde das Reichskolonialamt noch trotzig in ein „Reichskolonialministerium“ erhoben, dann aber 1920 dessen Beamten und Referate provisorisch im Wiederaufbauministerium untergebracht. 1924 wurden sie dann wieder einigermaßen ostentativ im von Gustav Stresemann geleiteten Auswärtigen Amt angesiedelt. Erster Referatsleiter wurde der ehemalige Gouverneur der deutschen Kolonie Togo Brückner. Doch seine Vorschläge und Beratungen orientierten sich größtenteils an den Realitäten, die durch den Völkerbund zwischenzeitlich geschaffen worden waren. Bis 1920 hatte der Völkerbund die ehemaligen deutschen Kolonien alle als eigene Mandatsgebiete den jeweils siegreichen benachbarten Kolonialmächten zur treuhänderischen Verwaltung überlassen. Da die Forderung nach Rückgabe (aller) Kolonien mit der Zeit nicht sehr realistisch erschien, verlangte die deutsche Außenpolitik die Einrichtung eines „Weltkolonialamts“ und dass alle europäischen Mächte gleichberechtigten Zugang zu den Kolonien erhielten.

Wenn dann doch noch eine der Kolonien wieder zu erlangen sei, dann vielleicht Kamerun, mutmaßte Brückner in einem Memorandum. Anfänglich hatte auch Stresemann gegenüber den Siegermächten die Auffassung propagiert, durch die Rückgabe der Kolonien falle es Deutschland leichter, seine Reparationen zu zahlen. Aber die Prioritäten änderten sich und die Durchsetzung der Rückgabeforderung durfte keinesfalls Stresemanns übergeordneten Zielen zuwiderlaufen. Diese manifestierten sich 1925 im Vertrag von Locarno, als im Gegenzug für die Anerkennung der territorialen Integrität Frankreichs und Belgiens - was den endgültigen Verzicht auf Elsass-Lothringen und Eupen-Malmedy bedeutete - Deutschland Mitglied im Völkerbund werden konnte und sich durch den Ausgleich im Westen eine Revisionsmöglichkeit für die Grenze zu Polen eröffnete.

Die Mitgliedschaft im Völkerbund nutzte Deutschland allerdings sehr gezielt dazu, einen Sitz in der Kommission für die Überwachung der Mandatsgebiete zu erlangen. In dieser Position konnte es verhindern, dass die Treuhandmächte die ehemaligen deutschen Kolonien behandelten wie ihren übrigen Kolonialbesitz. Konkret scheiterte

²² Vgl. zu den folgenden Ausführungen über das Auswärtige Amt und den Kolonialrevisionismus Martin Eberhardt, Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid. Die deutsche Bevölkerungsgruppe Südwesafrikas 1915-1965, Münster 2007, S. 129 ff. sowie Dirk van Laak, Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005, S. 107 ff.

eine engere Verzahnung zwischen den britischen Kolonien Kenia und Uganda sowie dem früheren Deutsch-Ostafrika am deutschen Widerstand in dieser Völkerbundskommission.

Selbst den ehemaligen Kolonialadministratoren im Auswärtigen Amt kamen Zweifel an den Argumenten, mit denen die Koloniallobby die weitere Nützlichkeit des Kolonialbesitzes untermauerte. Ministerialdirektor de Haas stellte in einem Vermerk die These auf, Deutschland könne aufgrund seiner wirtschaftlichen Leistungskraft durch den Export hinreichend Devisen für den Import der notwendigen Rohstoffe erwirtschaften und sei deshalb zur Versorgungssicherheit nicht auf den Besitz von Kolonien angewiesen.²³

Bis ins bürgerliche Lager hinein gab es unter Politikern in Weimar zudem die Auffassung, die Kolonien verloren zu haben, sei vielleicht eher ein Vorteil. Denn man ahnte, dass die kolonisierte Bevölkerung sich politisch emanzipieren und es für die Kolonialherren ungemütlicher werden würde. In der Tat konnte man in den 20er Jahren das Entstehen von den Nationalbewegungen in großen Kolonien beobachten, zuerst in Asien und dann in Nordafrika.

Kolonialpolitik als Mittel zur europäischen Verständigung

Nach den prokolonialen Voten der Mehrheitssozialdemokratie im Jahre 1919 machte sich die Koloniallobby anfänglich die Hoffnung, endlich auch die Arbeiterschaft zu erreichen, und so eine große Massenbasis zu erhalten.²⁴ Tatsächlich war aber auch in der weiter sozialdemokratisch orientierten Arbeiterschaft kein Interesse an der aktiven Unterstützung von kolonialen Ansprüchen vorhanden. Dies durfte eben nicht damit verwechselt werden, dass man selbst gelegentlich koloniale Luxuswaren genoss, Romane las, die in einem tropischen Kolonialreichambiente spielten oder man mit einschlägigen Straßennamen und Denkmälern koloniale Erinnerungen verband. Die politischen Alltagssorgen waren jedenfalls andere als die Rückgewinnung der verlorenen Kolonien.

Gleichwohl hat es einige SPD-Politiker gegeben, die weiter über eine (europäische) Kolonialpolitik zumindest nachdachten. Max Cohen-Reuss ist der aktivste von ihnen gewesen. Er war Vorsitzender des „Bundes für koloniale Erneuerung“ und der Gewerkschaftler Wilhelm Mikausch war sein Stellvertreter.²⁵ Dies war sozusagen der sozialdemokratische Teil der Koloniallobby. Die „koloniale Erneuerung“ bestand vor allem darin, die Kolonialpolitik als Teil gesamteuropäischer Politik zu denken. Cohen-Reuss war besonders an einem Ausgleich mit Frankreich interessiert und wollte in

²³ Martin Eberhardt ebd. S. 137. Die Bedeutung als Auswanderungsterritorium, welche mit der hohen Arbeitslosigkeit ab 1929 für die Koloniallobby wieder zum Argument wurde, ist von den in Südwestafrika verbliebenen deutschen Siedler selbst in Frage gestellt worden. Man könne nur noch sehr begrenzt neue Siedler aufnehmen, weil es an Verdienstmöglichkeiten fehle, argumentierte der Deutsche Kulturbund, die Vertretung der deutschen Siedler.

²⁴ Die DKG hatte in der Weimarer Republik anfänglich ca. 30 000 Mitglieder, alle Kolonialverbände zusammen vielleicht 80 000, Doppelmitgliedschaften nicht eingerechnet. Hingegen hatte allein die USPD 1920 weit über 800 000 Mitglieder.

²⁵ vgl. Michael Schubert, Der schwarze Fremde S. 351

Afrika gemeinsame koloniale Interessen verfolgen.²⁶ Seine Ideen hat er in den Sozialistischen Monatsheften publiziert, die allerdings nach dem Ausscheiden von Eduard Bernstein als dem prominentesten Autor des „Zentralorgan“ des revisionistischen Flügels der SPD erheblich an Bedeutung verloren hatten. Seine Kontakte reichten aber bis zu den etablierten erkonservativen Koloniallobbyisten wie Heinrich Schnee.

So wie die Koloniallobbyisten in der Weimarer Republik letztlich eine politische Nebenrolle spielten, so agierten auch die expliziten Kolonialgegner auf einer politischen Neben Bühne und sie hatten Probleme, von der Öffentlichkeit überhaupt wahrgenommen zu werden. In einer Situation, in der es keine deutschen Kolonien mehr gab, und es mithin auch kein wirklich wichtiges Thema der deutschen (Innen)politik mehr war, fiel es doppelt schwer, Aufmerksamkeit zu erzeugen.

Die meisten Kolonialgegner aus der SPD-Fraktion sammelten sich in der USPD, was dann auch die prokoloniale Position der Mehrheitssozialdemokratie 1919 mit erklärt. Nachfolger des Ende 1919 ermordeten Hugo Haase als USPD-Vorsitzender wurde Georg Ledebour, der wohl profilierteste Kolonialgegner ist der SPD-Fraktion während des Kaiserreichs. Auf dem Parteitag in Halle im Oktober 1920 votierte eine Mehrheit der Delegierten dafür, die Forderungen der Kommunistischen Internationale zu akzeptieren und schloss sich der KPD an. Die Übrigen kehrten größtenteils bis 1922 wieder zur SPD zurück. Dies veränderte dort wiederum die Kräfteverhältnisse zugunsten einer stärker antikolonialen Haltung.

Kolonialkritik während der Weimarer Republik

Die Spaltung der USPD verschaffte der neu gegründeten KPD 1920 zum ersten mal massiven Zulauf. Zu den 50 000 ursprünglichen Mitgliedern kamen jetzt über 200 000 ehemalige Sozialdemokraten hinzu. Die Mitgliederzahl bröckelte dann zwar wieder auf ca. 100 000, nach 1929 wuchs sie auf über 300 000. Die Kommunisten hatten eine klar antiimperialistische Programmatik, ihre außenpolitischen Aktivitäten erschöpften sich aber zunächst in der Unterstützung der Sowjetunion. Eine auf die Kolonien zielende Programmatik entwickelte die Kommunistische Internationale erst in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre.

Bei deren praktischer Umsetzung spielte Willi Münzenberg eine wichtige Rolle. Münzenberg war ein außergewöhnlicher deutscher Kommunist, der einerseits für die KPD wichtige Vorfeldarbeit leistete, andererseits aber auf seine Unabhängigkeit von der Parteilinie pochte. Er besaß in Berlin ein regelrechtes Presseimperium, dessen Publikationen von einem breiten Publikum gelesen wurden, das weit über die KPD-Anhängerschaft hinaus reichte. In der von ihm herausgegebenen Arbeiter-Illustrierten Zeitung (AIZ) finden sich mit die besten kolonialkritischen Artikel. 1927 gründete er in Brüssel die „Liga gegen den Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit“ An der Gründungsversammlung nahmen keineswegs nur kommunistische Parteien aus den

²⁶ Max Cohen-Reuss war von 1947-1951 offizieller Vertreter des SPD-Parteivorstands in Paris.

Kolonien teil, in Brüssel war z. B. auch Pandit Nehru anwesend. Prophetisch sprach Münzenberg davon, hier sei der kommende wirkliche Völkerbund versammelt. In Brüssel wurde auch erklärt, dass der antiimperialistische Kampf erst dann erfolgreich zu führen sei, wenn auch eingetreten werden „gegen den Chauvinismus und gegen die Doktrin von der Überlegenheit der weißen Rasse.“²⁷ Es war der früheste und ambitionierteste Versuch, in Kolonien breite Klassenbündnisse zu schmieden, die viele dieser Kolonien für die Herrscherstaaten unregierbar machen und in die Unabhängigkeit hätten führen können. Doch Stalins Politik, Bündnisse mit der nationalen Bourgeoisie auszuschließen, machte diesen Ansatz zunichte.

Als deutscher Ableger der „Liga gegen den Imperialismus“ fungierte die „Liga gegen koloniale Unterdrückung“ (LgkU). Publizistisch setzte sie sich konkret mit kolonialrevisionistischen Argumenten auseinander. Explizit trat die LgkU gegen die Doktrin von der Überlegenheit der weißen Rasse auf und die Frage, ob es denn eine afrikanische Kultur gibt, antwortete sie. „Die Kultur Afrikas ist anders als unsere, sie ist aus anderen technischen und ökonomischen, aus anderen geologischen und anderen ethnologischen Bedingungen heraus erwachsen.“²⁸

Obwohl die aus bürgerlich-liberalen Spektrum kommende Deutsche-Friedens-Gesellschaft (die heutige DFG/VK) auch eine kolonialkritische Position hatte, konnte sie sich doch noch nichts anderes vorstellen, als dass der Völkerbund über alle Kolonien als Treuhandmandatsträger die letztendlich Kontrolle ausübt. Hingegen hat die LgkU in öffentlichen Veranstaltungen mit Vertretern aus den Kolonien die Völkerbundmandate als koloniales Verschleierungsmanöver abgelehnt und die volle staatliche Gleichheit verlangt.

Die „schwarze Schmach am Rhein“ und der andauernde Rassismus

Deutsche Kolonien gab es keine mehr in der Weimarer Republik. Stattdessen gab es in Deutschland eine Situation, in der die kolonialen Herrschaftsverhältnisse quasi auf den Kopf gestellt wurden. So sahen es jedenfalls viele Zeitgenossen und sie kommentierten die Lage in einer kolonialrassistischen Diktion.

Der Versailler Vertrag verfügte, dass die linksrheinischen Gebiete Deutschlands für die Reichswehr Tabu waren und von französischen und belgischen (sowie britischen Truppen in Köln) besetzt werden. Die Besetzung dauerte bis 1930. Frankreich schickte auch Truppen nach Deutschland, die es in seinen überseeischen Kolonien rekrutiert hatte. Von den insgesamt 85 000 Besatzungstruppen, waren etwa 25 000 - 30 000 Truppen aus überseeischen Kolonien in kompakten Einheiten.

Diese Truppen nahmen in Deutschland Hoheitsrechte wahr, so dass z. B. deutsche Bürger den Aufforderungen durch schwarzafrikanischen Soldaten nachkommen und ihre Ausweise zeigen mussten. Diese Konstellation löste eine Welle von Kritik aus, in der alle kolonialrassistischen Vorurteile und Argumentationsmuster voll zum

²⁷ Zit. n. Michael Schubert, Der Schwarze Fremde, ebd. S. 344. Vgl. zur Liga auch Franz Ansprenger ebd. S. 145 f.

²⁸ Zit. n. Schubert, Der Schwarze Fremde, S. 344.

Vorschein kamen und die als die „schwarze Schmach“ in die politische Diskussion einging. Konkret wurde den nicht-weißen Besatzungssoldaten Übergriffe auf weiße, deutsche Frauen und Kinder vorgeworfen

Wie weit diese Stimmung bis in die Mitte und die Spitzen der Gesellschaft hinein verbreitet war, zeigt folgende Äußerung von Reichspräsident Friedrich Ebert zur Präsenz schwarzer Truppen im Rheinland:

„Dass die Verwendung farbiger Truppen niederster Kultur über eine Bevölkerung von der hohen geistigen und wirtschaftlichen Bedeutung der Rheinländer eine herausfordernde Verletzung der Gesetze europäischer Zivilisation ist, sei auch hier erneut in die Welt hinaus gerufen.“²⁹

Nach ihrer Machtübernahme 1933 haben die Nazis zunächst alle Kinder, die aus Beziehungen zwischen deutschen Frauen und farbigen Besatzungssoldaten stammten, registrieren lassen. 1937 wurden ca. 400 dieser als „Rheinlandbastarde“ stigmatisierten Kinder zwangssterilisiert.

Die Agitation gegen die Kolonialsoldaten zeigte eine allgemeine rassistische Einstellung, die durchaus unabhängig war von der deutschen Kolonialpolitik. Es gab diesen Rassismus schon vor dem Erwerb von Kolonien und es gab ihn eben auch noch nachdem man sie wieder verloren hatte. Dass ein Politiker wie Friedrich Ebert noch Mitte der 20er Jahre schwarzen Menschen „niederste Kultur“ attestiert hat, zeigt dass es die Gleichheit der Menschen nicht nur in der Praxis sondern auch im politischen und gesellschaftlichen Diskurs noch nicht so lange existiert und sie erst mit dem Grundgesetz vor 60 Jahren einklagbar wurde.

Die Kolonialpläne der Nazis

Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts erhielt der Rassismus einen naturwissenschaftlichen und medizinischen Anstrich. Rassenhygiene und Eugenik wurden zu anerkannten wissenschaftlichen Fachdisziplinen. Die Empirie dazu wurde mit Körpervermessungen usw. in den Kolonien gewonnen. Die Praxis zur totalen Kontrolle über Teile der Bevölkerung wurde hier auch schon ausprobiert. Während des Hererokriegs wurden im heutigen Namibia Konzentrationslager eingerichtet, es wurden die Ausweispflicht eingeführt und Heiratsverbote erlassen.³⁰

In den 20er Jahren wandte sich der Rassismus in Deutschland nach innen. Es wurde die Angst vor einer „rassischen Degenerierung“ der Deutschen geschürt. Im kolonialen Kontext war die Parallele hierzu die Angst vor der „Verkafferung“ der Weißen durch eine zu große Nähe und Anpassung an die einheimische Bevölkerung.

²⁹ vgl. Friedrich Ebert, Schriften Aufzeichnungen, Reden, Dresden 1926, S. 290, zit. n. Fatima El-Tayeb, Schwarze Deutsche: Der Diskurs um „Rasse“ und nationale Identität 1890-1930, Frankfurt 1999, S. 163. Zur Problematik insgesamt vgl. Iris Wigger, Die „Schwarze Schmach am Rhein“. Rassistische Diskriminierung zwischen Geschlecht, Klasse, Nation und Rasse, Münster 2007.

³⁰ Vgl. Jürgen Zimmerer, Von Windhuk nach Warschau. Die rassistische Privilegiengesellschaft in Deutsch-Südwestafrika, ein Modell mit Zukunft?, in: Frank Becker (Hrsg.) Rassenmischehen – Mischlinge – Rassentrennung. Zur Politik der Rasse im deutschen Kolonialreich, Stuttgart 2004, S. 97-123.

Konkret drückte sich die Hinwendung des Rassismus nach Innen durch das Aufkommen völkischer Ideologien aus, der speziell durch einen anwachsenden Antisemitismus charakterisiert sind.

In der Endphase der Weimarer Republik setzten zahlreiche Kolonialrevisionisten auf die im Aufstieg befindliche nationalsozialistische Bewegung. Mit ihrem territorialen Expansionsdrang sollten auch die Kolonien wieder in deutschen Besitz kommen. Doch das Verhältnis zwischen den Nazis und Kolonialrevisionisten blieb widersprüchlich. Nach ihrer Machtübernahme schalteten die Nazis die Kolonialrevisionisten gleich. 1935 wurde der Reichskolonialbund gegründet, der es zu zwei Millionen Mitgliedern brachte. Franz Xaver Ritter v. Epp wurde 1934 zum Leiter des „Reichskolonialamts der NSDAP“ ernannt, das detaillierte Pläne für ein großes Kolonialreich in Afrika ausarbeiten ließ - bis hin zu einem Entwurf für ein „Kolonialblutschutzgesetz“.³¹ In der Berliner Wilhelmstraße war auch schon ein repräsentatives Gebäude für ein neues Kolonialministerium ausgeguckt. 1937 artikuliert Hitler selbst den Anspruch auf Kolonien nach dem Motto: Was Frankreich und England sich zugestehen, darauf hat Deutschland schon lange ein Anrecht. Gleichzeitig wurden im ganzen Reich Straßen und Plätze nach dem Kolonialverbrecher Carl Peters benannt, vor allem weil Peters' rassistische Vorstellungen (s. o.) mit denen der Nazis voll kompatibel waren.

Das waren hingegen die ideologischen und politikpraktischen Vorstellungen vieler Kolonialrevisionisten mit denen der Nazis am Ende dann doch nicht.³² Schon frühzeitig haben hohe NS-Funktionäre wie Martin Bormann eine Distanz zu Kolonialrevisionisten erkennen lassen. Denn ihnen ging immer primär um „Lebensraum im Osten“, Kolonien in Afrika hatten für sie eine untergeordnete Bedeutung. Für sie lag das „deutsche Indien“ im Osten. Im Februar 1943, nach der Niederlage in Stalingrad, wurden das Reichskolonialamt aufgelöst und die Kolonialpläne in Afrika zu den Akten gelegt.

Konservative Gefolgsleute Hitlers wie der Zentralbankpräsident Hjalmar Schacht mussten erkennen, dass den Nazis nicht an einem außenpolitischen Ausgleich und flexibler Diplomatie gelegen war. Sein Ansinnen, mit England über den Erwerb von Kolonien zu verhandeln, ähnlich wie das Kaiserreich dies auf der Konferenz von Algier mit Frankreich zur Lösung der Marokkokrise getan hatte, wurde von der NS-Führung nicht aufgenommen. Rassisten waren sie beide - Nazis und Kolonialrevisionisten. Die meisten Kolonialrevisionisten wollten aber letzten Endes nicht nur die Arbeitskraft der kolonisierten Bevölkerung ausbeuten, sondern mit ihr auch Handel treiben und man betrachtete sie als potentielle Konsumenten eigener Industriegüter. Hingegen haben die Nationalsozialisten ausweislich ihrer Besatzungspolitik im Zweiten Weltkrieg die von ihnen beherrschte Bevölkerung

³¹ Zu den afrikanischen Kolonialplänen der Nazis vgl. Karten Linne, Deutschland jenseits des Äquators, Berlin 2008 sowie ein Interview mit dem Autor: Die NS-Kolonialplanungen für Afrika [Mehr](#)

³² In der neueren Forschung zur deutschen Kolonialpolitik gibt es eine Kontroverse, ob man direkte Kontinuitätslinien zum Dritten Reich ziehen kann. Während Jürgen Zimmerer (und Joachim Zeller) dies eher bejahen ist vor allem Birthe Kundrus hier sehr skeptisch. Vgl. hierzu - Dokumentation einer Debatte um (Dis-)Kontinuitäten von Kolonialismus und Nationalsozialismus. [Mehr](#)

allenfalls als Arbeitssklaven betrachtet und deren physische Vernichtung immer schon gleich mit einkalkuliert. In der Tat existierte in Deutschland zwischen 1939 und 1945 mit ca. 9 Millionen ausländischen Zwangsarbeitern der größte Sklavenstaat der Weltgeschichte.

Die SPD und die Kolonialfrage nach 1945

Für den Mainstream der Sozialdemokratie war das Ansinnen auf eine eigene deutsche Kolonialpolitik spätestens 1926 zu Ende, als der prominente Kolonialbefürworter Eduard David eine entscheidende Niederlage in der SPD-Reichstagsfraktion erlitt. Zu diesem Zeitpunkt ging ein nicht kleiner Teil der politischen und gesellschaftlichen Elite in Deutschland auf Distanz zum kolonialen Projekt. Zumindest sah dieser Personenkreis angesichts des aufstrebenden Nationalismus in Asien unruhige Zeiten auf die Kolonialreiche zukommen. Dies bedeutete nicht, dass man nun in der SPD eine aktive anti-koloniale Haltung einnahm und so gab es auch in den 20er Jahren Straßenbenennungen, die positiv auf die deutsche Kolonialgeschichte rekurrierten, ohne dass sich von SPD-Seite Widerstand dagegen regte. Bis in die 50er Jahre hinein wurden auch in der Bundesrepublik noch öffentliche Straßen und Plätze nach ehemaligen deutschen Kolonien benannt. So wurden z. B. in Hannover noch im Oktober 1959 von der Ratsversammlung der Kamerunweg, der Togoweg und die Windhukstraße benannt.

1958 wurde in Berlin-Wedding eine Straße im Afrikanischen Viertel nach Ghana, dem ersten unabhängigen schwarzafrikanischen Staat benannt. Dies markierte eine Zeitenwende. Die Entkolonisierung hatte voll eingesetzt und die SPD musste sich in der Bundesrepublik weiter mindestens indirekt mit der Kolonialfrage beschäftigen. Großbritannien und Frankreich waren nach 1945 Besatzungsmächte Deutschlands und hatten zugleich die beiden größten Kolonialreiche. Die Zukunft der Kolonien spielte eine Rolle bei der Einigung (West)Europas und im Kalten Krieg. In beiderlei Hinsicht hatte die Bundesrepublik wichtige eigene Interessen zu vertreten.

Die Welle der Entkolonisierung, die 1947/48 mit einem großen Paukenschlag auf dem Indischen Subkontinent einsetzte und zur gleichen Zeit in Indonesien und Indochina gewaltsame Formen annahm, erreichte in den 50er Jahren den afrikanischen Kontinent und führte zur Bildung eines dritten weltweiten Staatenbundes. 1955 trafen sich die nicht blockgebundenen Staaten in Bandung auf Java. Daraus entstand der Begriff Dritte Welt. Es setzte ein heftiges Werben des Westens und des Sowjetblocks um diese neue Staatengruppe ein. Ein Ergebnis dieser Ost-West-Konkurrenz war 1961 die Einrichtung eines Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), das in größerem Stil Entwicklungshilfe verteilte. Für die Bundesrepublik hatte die Vergabe von Entwicklungshilfe an die gerade unabhängig gewordenen Staaten in der Dritten Welt noch eine ganz spezielle Funktion: Sie sollten so davon abgehalten werden, die DDR völkerrechtlich als Staat anzuerkennen. Mit der Hallstein-Doktrin hatte sich die Bundesregierung selbst eine Fessel angelegt: Mit jedem Staat, der die DDR anerkannte, brach die Bundesrepublik

ihrerseits die diplomatischen Beziehungen ab. Großzügige finanzielle, personelle und technische Entwicklungshilfe aus der Bundesrepublik sollte es bei den jetzt unabhängig werdenden Kolonien gar nicht erst so weit kommen lassen.

Ein anderer Politikbereich, in dem die Bundesrepublik nach 1945 von der Kolonialfrage tangiert wurde, war die angestrebte europäische Einigung. So wurde Afrika noch Anfang der 50er Jahre als „Europas Gemeinschaftsaufgabe Nr. 1“ bezeichnet. Das entsprach durchaus dem, wie es der SPD-Politiker Max Cohen-Reuss bereits in den 20er Jahren vor allem im Hinblick auf die Beziehungen mit Frankreich konzipiert hatte. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg haben Frankreich und Großbritannien noch einmal massiv in Infrastrukturprojekte in ihren afrikanischen Kolonien investiert. Den beiden großen europäischen Kolonialmächten war klar, dass der Zweite Weltkrieg und die nachfolgende Machtverschiebung in Richtung der USA und UdSSR ihre Herrschaft in den Kolonien erheblich unterminiert hatte und sie waren daran interessiert, sie mit Hilfe anderer europäischer Staaten wieder zu festigen.

Doch dieses Kalkül ging nicht mehr auf. 1954 begann in Algerien der blutigste Entkolonisierungskonflikt überhaupt und 1960 wurden mit einem Schlag die meisten afrikanischen Kolonien in die staatliche Unabhängigkeit entlassen. Frankreich war für die Bundesrepublik der wichtigste Partner in Europa, doch auch Adenauer merkte, dass Frankreichs Versuch, den Status quo in Algerien halten zu wollen, auf Dauer nicht gelingen konnte.

Dabei spielten junge Politiker der oppositionellen SPD eine wichtige Vermittlerrolle zur zukünftigen Regierung eines unabhängigen Algeriens. Die Vorstellung, Algerien könne auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch integraler Teil Frankreichs bleiben, erschien auch vielen im französischen Mutterland als realitätsfern. Die Interessen der französischen Siedler mit der Folterung von Aufständischen in einem „schmutzigen Krieg“ zu verteidigen, erschien nicht nur vielen Franzosen mehr als zweifelhaft. In Frankreich prägte Jean-Paul Sartre für jene, die aus unterschiedlichen Motiven und politischen Lagern kommend, die Nationale Befreiungsfront, FLN, in Algerien unterstützten, den Begriff der „Kofferträger“. Sie sorgten dafür, dass der FLN Geld von in Frankreich lebenden algerischen Migranten erhielt, indem sie das Geld in Koffern über die internationalen Grenzen brachten. Sie sorgten aber auch dafür, dass französische Soldaten, die aus Algerien desertieren wollten, dies tun konnten.

Auch in Deutschland gab es eine Reihe von „Kofferträgern“, die den FLN aktiv unterstützten.³³ Der heute bekannteste von ihnen war der damals junge SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Wischnewski, der später bis zum Leiter des Kanzleramts von Helmut Schmidt avancierte. Wischnewski verfügte über beste Kontakte zu den Führern der algerischen Widerstandsbewegung und eines Tages landeten auf seinem Konto 1,8 Millionen DM aus der Kriegskasse des FLN, die dann von geheimen Kurieren weiter geleitet wurden. Das brachte Wischnewski einen

³³ Vgl. Claus Leggewie, Kofferträger: Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland, Berlin 1984.

besonderen Ruf ein und für das Auswärtige Amt in Bonn war er ein gesuchter Gesprächspartner in Sachen Algerien. Aber immer dann, wenn sich Vertreter französischer Regierung über die Aktivitäten von Wischnewski und anderen „Kofferträgern“ bei Adenauer beschwerten, verwies dieser schlaue darauf, dies alles seien SPD-Aktionen, auf die seine Regierung keinen Einfluss habe.

In der SPD selbst hatten Wischnewski und andere so genannte „Jungalgerier“ allerdings keinen einfachen Stand. So mussten sie vor einem SPD-Parteitag einen Antragstext verändern, in der die „Gewalttaten der algerischen Aufstandsbewegung“ verurteilt werden, weil sie „die Möglichkeiten einer friedlichen Verständigung auf schwerste gefährden“ würden. Opfer und Täter dürften, so argumentierten Wischnewski und die „Jungalgerier“ letztendlich erfolgreich, dürften in diesem Kolonialkonflikt nicht auf die gleiche Stufe gestellt werden.

Dass es zu diesem Konflikt überhaupt kam zeigt, dass hier zum ersten Mal eine aktive anti-koloniale Haltung eingenommen wurde. Zudem musste die SPD auf ihre französische Schwesterpartei Rücksicht nehmen. In den ersten vier Jahren des Algerienkriegs bis 1958 waren die französischen Sozialisten die führende Regierungspartei in Paris. Die seit dem Stuttgarter Sozialistenkongress von 1907 offenbar gewordene Spaltung der Zweiten Internationale in pro-koloniale und eher antikoloniale Parteien wirkte bis nach dem Zweiten Weltkrieg fort. Eigentlich kann man erst Ende der 1960er Jahre davon sprechen, dass sich eine gemeinsame antikoloniale Haltung herausgebildet hat. Das war zu einem Zeitpunkt, als es - abgesehen vom Südlichen Afrika - keine bedeutenden Kolonialbesitzungen mehr gegeben hat.

In den 70er Jahren mussten sich die westlichen Industriestaaten mit dem Vorwurf einer neokolonialen Politik gegenüber der Dritten Welt auseinandersetzen. Der Begriff Neokolonialismus bezeichnet die Kontrolle der Rohstoffe, Finanz- und Warenmärkte der politisch unabhängigen Entwicklungsländer durch multinationale Konzerne und internationale Organisationen wie den IWF, in denen die Industriestaaten das Sagen haben. Dazu gehörte auch ganz spezifisch das Verhältnis der ehemaligen europäischen Kolonialmächte zu den früheren Kolonien. Die Europäische Gemeinschaft (EG, heute EU) hat seit 1975 zu mittlerweile 79 dieser Staaten ein formalisiertes Verhältnis. Damals wurde mit der „Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten“ (AKP-Staaten) im Abkommen von Lomé geschlossen, in dem besondere Zollpräferenzen für den Zugang zum EG-Markt und ein Fonds zur Stabilisierung von Rohstoffpreisen enthalten waren.

Mit dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition nach den Bundestagswahlen vom Herbst 1969 stellte zum ersten Mal in der Bundesrepublik die SPD den Kanzler und bestimmte die Richtlinien der Politik. Die von Willy Brandt verfolgte Ost- und Entspannungspolitik veränderte die Rahmenbedingungen für die Beziehungen zur Dritten Welt. Die Hallsteindoktrin war dadurch obsolet geworden und der Ost-West-Konflikt nicht mehr der allein bestimmende Faktor. Erhard Eppler hat als zuständiger Minister nicht nur die Kompetenzen des BMZ ausgeweitet, sondern der deutschen Entwicklungspolitik eine neue Richtung gegeben mit einer eigenen „Konzeption für

die Zweite Entwicklungsdekade“. Statt großer Infrastrukturprojekte sollten jetzt kleinere, dezentrale Entwicklungsprojekte gefördert werden. Ganz ausdrücklich hieß es jetzt: „Die Bundesrepublik versucht nicht, ihren Partnerländern politische sowie gesellschafts- und wirtschaftspolitische Vorstellungen aufzudrängen.“ Ganz allgemein wurde die Vergabepolitik nicht mehr so sehr auf Wachstum ausgerichtet sondern war mehr „bedürfnisorientiert“. Unter dem Eindruck des Berichts des „Club of Rome“ über die „Grenzen des Wachstums“ hat Erhard Eppler schon als Minister seine Skepsis hinsichtlich der Übertragbarkeit des westlichen Entwicklungsmodells und vor allem des Konsummodells artikuliert.³⁴

Koloniales Endspiel im Südliches Afrika

Die sozialliberale Koalition sah sich in ihrer auswärtigen Politik aber nicht nur mit den (indirekten) Folgen des Kolonialismus konfrontiert. Das Verhältnis zu Portugal, der letzten verbliebene europäischen Kolonialmacht, provozierte zivilgesellschaftlichen Protest und am Ende sah man sich einem revolutionären Entkolonisierungsprozess gegenüber.

Das Südliche Afrika war die Weltengegend, in der der Kolonialismus auch am Ende der 1960er Jahre noch das bestimmende Strukturelement war. Angola und Mosambik waren die beiden großen portugiesischen Kolonien in Afrika, jeweils um ein mehrfaches größer und ressourcenreicher als das europäische Mutterland.

Mosambik grenzt an Zimbabwe, das im November 1965 als Rhodesien einseitig seine Unabhängigkeit von Großbritannien erklärte. Regiert wurde Rhodesien damals von Premierminister Ian Smith, der seine Herrschaft auf 270 000 weiße Siedler stützte, während 5 Millionen Afrikaner weitgehend nicht repräsentiert und politisch rechtlos waren. In Rhodesien konnte nur wählen, wer Einkommenssteuer zahlte und das schloss 80 % der Afrikaner von den Wahlen aus. In dieser politischen Verfassung wollte Großbritannien Rhodesien nicht in die Unabhängigkeit entlassen. Auf Ian Smiths Unabhängigkeitserklärung reagierte die Weltgemeinschaft mit einem fast totalen Wirtschaftsembargo, um sein weißes Minderheitsregime in die Knie zu zwingen. Das für die amerikanische Rüstungsproduktion wichtige Chromerz durfte allerdings weiterhin aus Rhodesien exportiert werden. Die britische Labourregierung musste sich von schwarzafrikanischen Staaten vorhalten lassen, dass, hätte es sich nicht um Rebellen mit weißer Hautfarbe gehandelt, die britische Antwort sicherlich militärischer und nicht nur wirtschaftlicher Art gewesen wäre.

Angola hat eine lange Südgrenze mit Namibia, dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika. 1966 haben zwar die Vereinten Nationen, Südafrika, das 1920 vom Völkerbund erteilte Treuhandmandat für Namibia per definitiven Beschluss wieder entzogen, durchsetzen konnten die Vereinten Nationen diesen Beschluss aber nicht. Stattdessen hat Südafrika Mitte der 60er Jahre damit begonnen, dass eigene System

³⁴ Vgl. Erhard Eppler, *Wenig Zeit für die Dritte Welt*, Stuttgart 1971.

der Rassentrennung, die Apartheid, auch in Namibia einzuführen. Gleichzeitig begann aber auch der bewaffnete Befreiungskampf der SWAPO.

Südafrika selbst war das wirtschaftliche und militärische Bollwerk der kolonialen und auf der Vorherrschaft der weißen Siedler gründenden Ordnung im Südlichen Afrika. Weiße Siedler, genauer gesagt holländische Auswanderer – die Buren, hatten in der Kapkolonie schon im 18. Jahrhundert den Status einer faktischen Selbstverwaltung erlangt. Diesen Zustand wollten die Buren auch unter britischer Herrschaft nach 1806 behalten. Sie zogen in einem großen Treck Richtung Nordosten und eroberten von der einheimischen Bevölkerung das Territorium für zwei burische Freistaaten. Im 19. Jahrhundert wurde Südafrika vor allem durch reiche Gold- und Diamantenfunde zu einem wirtschaftlich wichtigen Faktor für das britische Empire. Die Buren konnten zwar Anfang des 20. Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit nicht gegen die militärische Übermacht der britischen Kolonialherren behaupten, aber sie gewannen dennoch mit der Zeit einen beherrschenden Einfluss auf die innere Ordnung Südafrikas. Die vorwiegend agrarische Wirtschaft der Buren basierte bis zum ersten Drittel des 19. Jahrhunderts auf der Verfügbarkeit von Sklaven und danach auf einer strikten Rassentrennung, die die afrikanische Bevölkerung entweder ganz aus der Wirtschaft ausschloss oder sie zu billigen und rechtlosen Arbeitskräften degradierte. Mit den Wahlerfolgen der burischen Nationalpartei ab 1948 wurde das System der Rassentrennung auf ganz Südafrika ausgedehnt und als 1960 die Apartheid voll institutionalisiert war und die afrikanische Bevölkerung rechtlich zu Fremden im eigenen Land geworden waren, wurden die friedlichen Proteste der Befreiungsbewegungen ANC und PAC am 21. März 1960 in Sharpeville blutig niedergeschlagen. Die Vereinten Nationen verhängten ein allgemeines Waffenembargo gegen den Apartheidstaat und er wurde u. a. von internationalen Sportveranstaltungen ausgeschlossen. Doch die Wirtschaftsbeziehungen wurden bis zur Mitte der 80er Jahre, als von den USA eine Desinvestment-Kampagne ausging, nicht angetastet. Diplomatisch wurde Südafrika zwar geschnitten, für einige, vor allem konservative Politiker im Westen spielte Südafrika aber eine wichtige geostrategische Rolle im Kalten Krieg. Dies reichte bis hin zur Forderung, den Apartheidstaat in die NATO aufzunehmen.

Angola und Mosambik waren die schwächsten Glieder in der kolonialen Kette, denn Portugal war das ärmste Land Westeuropas und die antikolonialen Befreiungsbewegungen waren nirgends militärisch stärker als in seinen Kolonien. Portugal war nicht nur arm, es war seit 1926 eine rechte Diktatur mit einer ständestaatlichen Ideologie samt einer Einheitspartei und der allgegenwärtigen Geheimpolizei PIDE. Portugal war aber auch Mitglied der NATO und somit ein problematischer Bündnispartner für die Bundesrepublik.

Portugal und Südafrika versuchten, sich gegenseitig unter die Arme zu greifen und zu stützen. Der Cabora-Bassa-Staudamm am Sambesi mit einer Stromleistung von 2000 Megawatt samt einer 1400 km langen Fernleitung in die südafrikanischen Industriezentren sollte die kolonialen Verhältnisse im Südlichen Afrika zementieren. Als 1969 in Mosambik mit dem Bau von Cabora Bassa begonnen wurde, war auch

Siemens mit von der Partie und dies war abgesichert durch eine staatliche Hermes-Bürgschaft. Das alles war Anlass für Proteste, die zum Ausgangspunkt für die Gründung zahlreicher Dritte-Welt-NGOs in der Bundesrepublik während der 70er und 80er Jahre wurden.

Der erste öffentlichkeitswirksame Schritt war 1970 die Veröffentlichung einer Denkschrift der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler unter dem Vorsitz von Carl-Friedrich v. Weizsäcker, die sich explizit gegen eine bundesdeutsche Beteiligung am Cabora-Bassa-Staudamm wandte. Diskutiert wurde darüber vor allem auf Kirchentagen und die großen Kirchen avancierten zu wichtigen finanziellen Unterstützern der beginnenden Dritte-Welt-Bewegung und vor allem der Aktivitäten zum Südlichen Afrika. Während in Südafrika die Rassentrennung theologisch legitimiert wurde und christliche Missionare (im 19. Jahrhundert) als Vorhut der europäischen Kolonialmächte im Südlichen Afrika agierten bzw. wahrgenommen wurden, ging es den Kirchen jetzt mit ihrem Postulat, dass alle Menschen vor Gott gleich sind, nicht nur um die Folgen dieses Erbes.

Die sozialliberale Bundesregierung geriet von Außen durch die Vereinten Nationen und die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) zusätzlich unter Druck, als das in Bonn-Beuel ansässige Komitee für Angola, Guinea-Bissau und Mosambik (AGM-Komitee) Fotos und andere Beweise dafür veröffentlichte, dass aus Deutschland im Rahmen der NATO an Portugal gelieferte Waffen von diesem in seinen afrikanischen Kolonialkriegen eingesetzt wurden. Daraus entwickelte sich eine Debatte über eine Endverbleibsklausel bei Waffenlieferungen an Portugal. Der geforderte Ausstieg der Bundesrepublik aus dem Cabora-Bassa-Projekt realisierte sich gezwungenermaßen, weil die Befreiungsbewegung FRELIMO die Baustelle militärisch eingekreist und so die Einstellung der Bauarbeiten erzwungen hatte.

Dann wurde am 25. April 1974 der portugiesische Diktator Marcello Caetano vom Militär in Lissabon gestürzt. Diese Nelkenrevolution war mehr als ein Putsch, sondern hatte in der Tat Züge eines revolutionären Umbruchs. Das Militär war durch den Kolonialkrieg politisiert worden. Es wusste, dass dieser nicht zu gewinnen war und es hatte gesellschaftspolitische Vorstellungen entwickelt, die weit über das hinausgingen, was die konservative Galionsfigur des Umsturzes, General Spínola, repräsentierte. Dazu gehörten im Offizierskorps Vorstellungen von einer Art Selbstverwaltungssozialismus, schließlich gab es auch eine im Untergrund gut organisierte kommunistische Partei, was zusammengenommen in den NATO-Hauptstädten die Alarmglocken schrillen ließ. Die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt und speziell die SPD bzw. die Friedrich-Ebert-Stiftung förderten die noch im Exil gegründete Sozialistische Partei und deren Vorsitzenden Mario Soares. Sie waren schließlich die wichtigsten Stützen eines entstehenden repräsentativen bürgerlich-demokratischen Systems.

Achtzehn Monate nach dem Umsturz im Mutterland hatten alle portugiesischen Kolonien die staatliche Unabhängigkeit erlangt. Während das fast vergessene Osttimor schon kurz nach der Unabhängigkeit im Dezember 1975 von Indonesien besetzt und bis 1999 annektiert wurde, versanken Angola und Mosambik in einem

jahrelangen, durch äußere Interventionen angeheizten Bürgerkrieg. Auf der einen Seite waren Südafrika und Rhodesien sowie die USA unter Ronald Reagan involviert, auf der anderen Seite die Sowjetunion und Kuba. Manche Beobachter nannten dies einen zweiten Kalten Krieg.

Für die ehemalige deutsche Kolonie Namibia, in der immer noch ca. 30 000 deutschsprachige Siedler lebten, wurden nach dem Ende des portugiesischen Kolonialimperiums die Karten neu gemischt. Südafrika verfolgte jetzt nicht mehr Idee einer vollen Eingliederung in Südafrika als fünfter Provinz. Stattdessen sollte es formell unabhängig werden, aber mit einer engen Anbindung an Südafrika. Dafür protegierte Südafrika auch eine politische Alternative zur Befreiungsbewegung SWAPO, die Demokratische Turnhallenallianz. Während die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung die Turnhallenallianz unterstützte, suchte die sozialliberale Bundesregierung den Kontakt zur SWAPO. Doch Ben Amathila, der Mitte der 70er Jahre der offizielle Vertreter der SWAPO für die Bundesrepublik und Skandinavien war, berichtete später, dass die Kontakte zur Bundesregierung schwierig waren, weil sie viele ihrer Hilfsangebote an politische Bedingungen knüpfte, die die SWAPO nicht akzeptieren konnte.

Ein Ansinnen, das die Bundesregierung verhinderte, war, Uran aus der großen Mine Rössing in Namibia zu beziehen.. Dies hätte den einschlägigen Embargobeschlüssen der Vereinten Nationen zu Namibia doch etwas zu deutlich widersprochen. Allerdings ist ein anderes Nukleargeschäft im Frühjahr 1976 ans Licht gekommen, dass die Bundesregierung von Seiten der OAU massiv unter Druck setzte und welches publizistische Wellen schlug. Der ANC konnte südafrikanische Unterlagen vorlegen, die bewiesen, dass aus Deutschland Ausrüstungen und technisches Know-how für eine Gaszentrifugenanlage nach Südafrika gelangten, mit denen der Apartheidstaat hoch angereichertes Uran zum Bau einer Atombombe hat produzieren können. Dazu gehörten Briefwechsel der südafrikanischen Botschaft in Köln mit Beamten Bonner Ministerien und Managern einschlägiger deutscher Unternehmen wie der Essener STEAG. Ein General der Bundeswehr musste daraufhin seinen Hut nehmen und die Vereinten Nationen verschärfen 1977 die Bestimmungen für das Waffenembargo gegen Südafrika.

13 Jahre später, am 9. November 1989 fiel in Berlin die Mauer, zwei Tage später fanden in Namibia freie Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung statt. Ein weiteres Jahr später war Deutschland wiedervereinigt, Namibia war unabhängig und wurde von SWAPO regiert. In Südafrika wurde zur gleichen Zeit über den Übergang von der Apartheid zur Demokratie verhandelt.

Als Gerhard Schröder 1998 Kanzler wurde und mit Rotgrün die zweite Regierungsperiode unter sozialdemokratischer Führung begann, war der Kolonialismus auch im Südlichen Afrika Vergangenheit. Doch die Geschichte des

deutschen Kolonialismus vergeht so schnell nicht und Schröders Regierung musste sich mit ihr auseinandersetzen – jetzt als Erinnerungspolitik.³⁵

Schon bald nach der Unabhängigkeit Namibias im Juli 1990 meldete sich in einem Spiegel-Interview Kauai Riruako, seines Zeichens Paramount Chief der Hereros, zu Wort: „Die Deutschen haben jetzt die Chance, vereint die letzten dunklen Flecken in ihrer Vergangenheit zu tilgen“, sagte er.³⁶ Für Zehntausende getöteter Landsleute, Millionen gestohlener Rinder und die Enteignung des gesamten Herero-Landes, das nach dem Krieg von 1904 zu Schleuderpreisen an deutsche Siedler abgegeben wurde, verlangt der Paramount Chief der Herero zwei Milliarden Dollar an Entschädigungszahlungen. Die Geschehnisse des Jahres 1904 lassen sich sehr wohl als Völkermord interpretieren.³⁷ Der Vernichtungsbefehl von General Lothar v. Trotha vom 4. Oktober 1904 spricht eine deutliche Sprache:

„Die Herero sind nicht mehr deutsche Untertanen. Das Volk der Herero muss das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, werde ich es mit dem groot Rohr (Geschütz) dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen. Ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auf sie schießen. Das sind meine Worte an das Volk der Herero.“

Jedenfalls sind zwischen 1904 und 1908 die Bevölkerungsverluste der Herero so groß gewesen, dass sie sich niemals mehr davon haben erholen können. Statt dessen haben sich in ihrem ehemaligen Siedlungsgebiet die meisten weißen Siedler niedergelassen.

Riruako hatte für seine Entschädigungsforderung nicht die Unterstützung der namibischen Regierung, die von ziemlich hohen Entwicklungshilfezahlungen aus Deutschland profitierte und die nicht nur einer Volksgruppe solche hohen Geldzuflüsse zubilligen wollte. Doch 2001 sah er eine Möglichkeit, die Forderung rechtlich durchzusetzen. So wie ehemalige Zwangsarbeiter während des Weltkriegs ihre Forderungen gegenüber Deutschland mit Hilfe des Alien Torts Claims Act in den USA durchsetzen wollten, so strengte Riruako auch eine Klage vor einem US-Gericht an. Das alarmierte die Bundesregierung und wann immer die Forderung nach einer Entschuldigung für den Völkermord an den Herero erhoben wurde, wandte das von Joschka Fischer geführte Auswärtige Amt, dass diese auf keinen Fall „entschädigungsrelevant“ sein dürfe.

³⁵ Vgl. Helma Lutz, Kathrin Gawarecki (Hrsg.), Kolonialismus und Erinnerungskultur. Die Kolonialvergangenheit im kollektiven Gedächtnis der deutschen und niederländischen Einwanderungsgesellschaften, Münster 2005. sowie besonders für Frankreich und Großbritannien: Andreas Eckert, Der Kolonialismus im europäischen Gedächtnis, in: APuZ Nr. 1-2, 2008 (v. 31.12.2007), S. 31-38.

³⁶ zit n. Almut Hielscher, Ein Kuhhandel, in: Spiegel Special Geschichte 2/2007 v. 22.5.2007 S. 57
[http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?top=Ref&dokname=Romberg-SPCG-00002007000020005700&suchbegriff=Die+Herero&titel=Seit+17+Jahren+fordern+die+Herero+Entsch%C3%A4digung+f%C3%BCr+den+V%C3%B6lkerkermord+w%C3%A4hrend+der+deutschen+Kolonialzeit+\(SPIEGEL+special+Geschichte+vom+22.05.2007\)](http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?top=Ref&dokname=Romberg-SPCG-00002007000020005700&suchbegriff=Die+Herero&titel=Seit+17+Jahren+fordern+die+Herero+Entsch%C3%A4digung+f%C3%BCr+den+V%C3%B6lkerkermord+w%C3%A4hrend+der+deutschen+Kolonialzeit+(SPIEGEL+special+Geschichte+vom+22.05.2007))

³⁷ Janntje Böhlke-Itzen, Kolonialschuld und Entschädigung, Frankfurt 2004 zeigt den Wandel in der Einschätzung des Hererokriegs und sie diskutiert die Argumente für und wider den Entschädigungsanspruch.

Auf der zentralen Veranstaltung zum 100. Jahrestag des Hereroaufstands am 14. August 2004 gab es dann doch die lange geforderte offizielle Entschuldigung aus Deutschland. „Wir Deutschen bekennen uns zu unserer historisch-politischen, moralisch-ethischen Verantwortung und Schuld, die Deutsche damals auf sich geladen haben,“ erklärte Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul und es fiel in diesem Zusammenhang auch das Wort Völkermord.³⁸

Die Ministerin machte gegenüber Riruako aber gleich deutlich, dass damit keine automatische Entschädigungszahlung verbunden sei. Mittlerweile ist die Klage in den USA nicht mehr anhängig, wohl aber hat sich das namibische Parlament ihr angeschlossen. 2005 hat die BMZ-Chefin dann selbst öffentlich den etwas mickrigen Betrag von 20 Millionen Euro als Entschädigungsleistung ins Gespräch gebracht. Im Juni 2008 wurde im Bundestag zuletzt über das die „Anerkennung und Wiedergutmachung der deutschen Kolonialverbrechen“ debattiert. Dabei haben die RednerInnen der Regierung und der SPD-Fraktion zwar auch von einer „Sonderbeziehung“ zu Namibia gesprochen, sie haben aber zugleich die hohen Prokopfzahlungen von Entwicklungshilfe an Namibia als Argument ins Feld geführt, weshalb Entschädigungszahlungen überflüssig seien.

Doch Entwicklungshilfe hat vom eigenen Anspruch her nicht den Charakter einer Entschädigung. Deshalb sollte dies dann auch nicht das letzte Wort der Sozialdemokratie zur Erinnerung und Anerkennung der Verbrechen des deutschen Kolonialismus sein. Im Reichstag haben August Bebel und andere Genossen bei aller oben beschriebenen Ambivalenz zum kolonialen Projekt sie seinerzeit jedenfalls genau als solche analysiert und verurteilt. Das verpflichtet.

³⁸ Rede von Heidemarie Wieczorek-Zeul am 14. August 2004

<http://www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/2004/august/rede20040814.html> vgl. auch Larissa Förster, Jenseits des juristischen Diskurses – Die Entschuldigung von Heidemarie Wieczorek-Zeul in Namibia, in: afrika süd Nr. 5 2004, <http://www.issa-bonn.org/publikationen/5-04f%F6rster.htm>